

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 29. April 2013
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	68, 69	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	36	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	77, 78
Bollmann, Gerd (SPD)	47	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	91
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	37	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	10, 24, 25, 38
Claus, Roland (DIE LINKE.)	53	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 16
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	99, 100	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Drobinski-Weiß, Elvira (SPD)	48, 49	Marks, Caren (SPD)	57
Dr. h. c. Erler, Gernot (SPD)	1, 2, 3, 4	Mattheis, Hilde (SPD)	39
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	19	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	79, 80, 81
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31, 32	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	103
Gerster, Martin (SPD)	20, 21	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41, 42, 43
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	33	Müntefering, Franz (SPD)	82, 83
Hagemann, Klaus (SPD)	97	Nietan, Dietmar (SPD)	7
Herzog, Gustav (SPD)	70, 71, 72	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51, 52
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	22, 34	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	92, 93, 94
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	9	Pau, Petra (DIE LINKE.)	12, 13, 14, 15
Dr. h. c. Kastner, Susanne (SPD)	73, 74, 75, 76	Paula, Heinz (SPD)	84
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 90	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	26, 27
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59	Rix, Sönke (SPD)	28
Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	101, 102		

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 30. April 2013

Die Bundesregierung prüft, ob gesetzliche Änderungen zum verbesserten Schutz von Opfern von Menschenhandel geboten sind.

12. Abgeordnete

Petra

Pau

(DIE LINKE.)

Wie viele antisemitisch motivierte Friedhofschändungen gab es im Jahr 2012 bundesweit, und wie viele dieser Straftaten konnten aufgeklärt werden (bitte nach Ländern auflisten)?

Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche vom 30. April 2013

Die entsprechenden Zahlen liegen noch nicht vor. Die Frist zur Meldung der im Jahr 2013 zu verzeichnenden Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität an das Bundeskriminalamt (BKA) endet für die Landeskriminalämter erst am 31. Januar 2014. Erst wenn alle Straftaten beim BKA im System erfasst und mit den Landeskriminalämtern abgestimmt sind sowie die vom Bundesministerium des Innern (BMI) bei den Innenministern der Länder einzuholende Zustimmung zur Veröffentlichung vorliegt, kann die Anzahl der auf die jeweiligen Phänomenbereiche entfallenden Straftaten bekannt gegeben werden.

Für 2012 wurden dem BKA im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität von den die Fallzahlen erhebenden Ländern bundesweit 29 Fälle antisemitischer Straftaten mitgeteilt, bei denen jüdische Friedhöfe als Angriffsziel benannt worden sind.

Bislang konnten drei Fälle aufgeklärt werden.

Die Verteilung der einzelnen Länder stellt sich wie folgt dar:

BB	3
BE	1
BW	0
BY	3
HB	0
HE	3
HH	0
MV	3
NI	5
NW	4
RP	4
SH	2
SL	0
SN	0
ST	0
TH	1
gesamt	29

Bislang aufgeklärt sind zwei Fälle in Bayern und ein Fall in Brandenburg.

13. Abgeordnete

**Petra
Pau
(DIE LINKE.)**

Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Rechtsextremisten in 2012 gezielt versuchten, Grundstücke sowie ausgediente Ausrüstungsstücke oder Waffen der Bundeswehr aufzukaufen?

**Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche
vom 30. April 2013**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass Rechtsextremisten im Jahr 2012 gezielt versuchten, Grundstücke, ausgediente Ausrüstungsgegenstände oder Waffen der Bundeswehr zu erwerben.

14. Abgeordnete

**Petra
Pau
(DIE LINKE.)**

Wie viele Datensätze sind derzeit in der Rechtsextremismus-Datei (RED) gespeichert, die auf 20 000 Datensätze ausgelegt ist und im September 2012 9 000 Datensätze (DER TAGESPIEGEL, 19. September 2012) enthielt, und wie vielen Personen entspricht das (bitte nach Geschlecht trennen)?

**Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche
vom 30. April 2013**

In der RED waren mit Stand vom 4. April 2013 31 244 Datensätze, davon insgesamt 11 464 Personen, gespeichert. Die gewünschten Differenzierungen des Datenbestandes sind innerhalb der kurzen, für die Beantwortung einer Schriftlichen Frage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

15. Abgeordnete
**Petra
Pau
(DIE LINKE.)** Welche der an der RED beteiligten Sicherheitsbehörden haben keine Daten in die RED eingestellt, und welche haben keine Daten dort abgerufen?

**Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche
vom 30. April 2013**

Alle 36 an der RED beteiligten Sicherheitsbehörden haben Datensätze gespeichert. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

16. Abgeordnete
**Monika
Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Plant die Bundesregierung, wie im Magazin „DER SPIEGEL“ vom 22. April 2013 angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen, um strafrechtliche Vorschriften gegen Menschenhandel zu verschärfen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Max Stadler
vom 30. April 2013**

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer vorgelegt, der zwischen den Ressorts abgestimmt wird. Im Rahmen der Ressortabstimmung werden auch die Fragen erörtert, ob es weitergehender gesetzgeberischer Maßnahmen zur Verbesserung der Bekämpfung des Menschenhandels bedarf und ob diese gegebenenfalls in dieser Legislaturperiode noch realisiert werden können.

17. Abgeordnete
**Krista
Sager
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Warum spricht die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf zur Einführung eines unabhängigen Zweitveröffentlichungsrechts (für die rechtliche Absicherung von Open-Access-Publikationen) wissenschaftlichen Autoren und Autorinnen ein solches Zweitveröffentli-